Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Interent in den sogenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das sowie für das Königliche Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Insertionspreis 20 Pfg. für die sechsgespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 15 Pfg., Reklamen 45 Pfg., alles mit 10% Teuerungszuschlag. Tabellarischer und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden die Spaltzeile 60 Pfg. bez. 45 Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk. für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verich. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 180. | Freitag den 7. Dezember 1917. | 76. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich heute auf der 4. Seite.

10tägige Waffenruhe mit Rußland vereinbart.

Um Alt- und Neupreußen.

Stimmungsbild aus dem Abgeordnetenhause.

es. Berlin, 5. Dezember.

Das ruhige Haus in der Prinz-Albrechtstraße, in dem sonst die politischen Debatten gemächlicheren Gang gingen als im Reichstag, hat jetzt Reichstagsatmosphäre, überfüllte Tribünen, allwo Reichstagsabgeordnete und Mitglieder des Herrenhauses und viel Publikum sich „wie bei Hungersnot um Brot an Bäckertüren" staut. Der Wahlrechtsdebatte erster Tag! Es gilt um Preußen. Und die Luft ist voll elektrischer Spannung. Gleich zu Anfang, während der Reden vom Regierungstisch, springen knisternde Funken zu den gegensätzlichen Polen.

Der greise Graf und Ordnungswalter des Hauses, Herr von Schwerin-Löwitz, ist Sturmbeschwörer in der abgeklärten Ruhe würdevollen Alters. Die Wichtigkeit der Sache, der Abgrund, der die Gegensätze trennt, sind ein Nichts gegen das Große, das Ganze, um das der Kampf von Volk zu Volk geht. Das ist gewißlich wahr. Aber ebenso gewiß ist, daß Parteigegensätze mit Gekrach und Getöse aufeinanderprallen werden, weil schroffer Parteigeist selten sich dem allgemeinen Besten schweigend oder in Mäßigung unterordnet.

In den ersten Stunden der Debatte regt sich dieser Dämon wenig. Graf Hertling, der Ministerpräsident aus Bayern, spricht. Ein Süddeutscher in der höchsten Beamtenwürde Preußens. Das kennzeichnet die Zeiten der Umwälzung, und der feine, langgezogene Gelehrtenkopf des Ministerpräsidenten wirkt deshalb ebenso seltsam in diesem Hause wie seine Sprache, die, durch etwas professorale Handbewegungen unterstützt, die schnelle Sprache eines Mannes ist, der alle Dinge in einem langen Leben bereits durchdachte und für jedes Ding den treffenden Ausdruck bereit hat. Wie ein guter Diplomat tritt Graf Hertling in seiner kurzen Rede deshalb an die Wahlrechtsfrage heran. Es galt, ein Königswort einzulösen, das Gewissensfragen brachte, der Kampf um die Erneuerung Preußens sei ein Gewissenskampf, der aber vielleicht schwere Erschütterungen in der Zukunft verhüte. Das alte, bewährte Preußen fände Zuflucht, Stütze und Rat im Herrenhause.

Die kurze Rede wird achtungsvoll angehört, aber schon die Rede, mit der der verantwortliche Vater der Regierungsvorlage, der Minister des Innern Dr. Drews, sein Kindlein verteidigte, ruft teilweise Widerspruch der Rechten und stürmischen Beifall der Linken hervor, in der sogar einige Hände Klatschbewegungen machen. Das kennzeichnet die Lage ebenso wie die Tatsache, daß Dr. Drews fast ausschließlich zur linken Seite des Hauses gewendet spricht. Als „Optimist". Als er das betont, lacht die Rechte und die Linke jubelt. Seine Rede ist nicht tiefschürfend, aber voll Glauben an die Zukunft, und seine Stimme die des siegesgewissen Draufgängers, der die Hindernisse wohl sieht, sie aber durch frischfröhliches Vertrauen in die „Ethik" und „Moral" nehmen zu können glaubt. Das trifft den Kern der Drewsschen Ausführungen. Er glaubt, und sein Rechtfertigungsversuch hat seinen Ursprung nicht in Tatsachen, sondern im Glauben an Preußen, das auch aus dieser radikalen Umwälzung gestärkt hervorgehen werde wie aus der Umwälzung zur Zeit der Stein- und Hardenbergschen Reformen unserer kommunalen Verwaltung und der Änderung der Lage unseres Bauern- und Bürgertums.

Das ist der Aufgesang der Regierung. Der Abgesang der Parteien beginnt. Die Kritik hat das Wort. Die elektrischen Funken knistern und knattern zwischen den gegensätzlichen Polen der Parteien . . .

Noch einmal sprach Graf Hertling. Der Sprecher der Konservativen Herr von Heydebrandt, hatte, begleitet vom Beifall der Rechten und Unruhe auf der Linken, seinem Schmerze darüber Ausdruck gegeben, daß das alte Preußen, dem wir das Deutsche Reich verdanken, im Wirbelsturm der neuen Zeit wurzellos werde. Graf Hertling erwiderte auf diese starke Kritik sofort. Niemals sei er Sachwalter der Parlamentarisierung gewesen. Er stände auf seinem Posten als Vertrauensmann nicht der Mehrheit, sondern des Kaisers und Königs. Und er erstrebe einen Frieden, der unsere Grenzen sichere. Das war ein Wort der Klärung nach manchen Zweifeln. Der Kanzler für einen guten Frieden und gegen die blinde Nachahmung ausländischer Einrichtungen. Möge die Faust des neuen Steuermanns das Steuer fest und unverrückt halten! Dann wird das preußische Staatsschiff auch im neuen Fahrwasser gute sichere Fahrt haben.

Die Einbringung der Wahlvorlage.

Rs. Berlin, 5. Dezember.

Die 100. Sitzung dieses Tagungsabschnittes brachte dem preußischen Abgeordnetenhaus die wahrscheinlich bedeutungsvollste Verhandlung seit seinem Bestehen. Die auf der Tagesordnung stehende Wahlrechtsvorlage hatte die Tribünen überfüllt. In den Hof- und Diplomatenlogen drängte sich ein zahlreiches Publikum. Im Saal und auf der Estrade für die Minister war es nicht weniger voll. Wohl dreiviertel aller Abgeordneten waren anwesend und von den Ministern fehlte sicher kein einziger. Kurz vor der festgesetzten Eröffnungszeit erschien der neue Ministerpräsident Graf Hertling und begrüßte seine schon vor ihm erschienenen Ministerkollegen, besonders den Minister des Innern D. Drews, den Vater der Vorlage, und den Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Friedberg.

Sitzungsbericht.

Präsident **Graf von Schwerin-Löwitz** eröffnete pünktlich die Sitzung mit einer Ansprache, die insofern etwas ungewöhnlich war, als sie in sehr ausführlicher Weise Mahnungen an die Abgeordneten richtete, sachlich zu bleiben, die politischen Leidenschaften nicht zu sehr aufeinanderplatzen zu lassen, vor allem stets die politische Gesamtlage zu beachten und die Rücksicht auf das Ausland, das nur noch auf den inneren Zwiespalt in Deutschland rechne, nie außer acht zu lassen.

Nach dieser wohlmeinenden Mahnung ergriff sofort Graf Hertling das Wort. Er redete sehr kurz, nicht viel länger als 10 Minuten, sehr geschickt und eindrucksvoll, von wiederholten Beifallskundgebungen der Linken und des Zentrums begleitet. Die Rechte verhielt sich im allgemeinen still, nur als sich Graf Hertling auf das Urteil des Fürsten Bismarck über das Dreiklassenwahlrecht berief, ging lautes Murren durch die Reihen der Konservativen.

Ministerpräsident Graf Hertling

führte aus: Als sich herausstellte, daß die anfangs beabsichtigte Trennung der beiden Ämter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten nicht angängig sei, hat der Kaiser und König im Anschluß an meine Ernennung zum Reichskanzler mich auch zum preußischen Ministerpräsidenten berufen. Im Reichstage bin ich seit vielen Jahren bekannt, vor Sie trete ich als ein völlig Unbekannter: nicht als ob ich, in Preußen geboren, mit preußischen Verhältnissen nicht auch einigermaßen vertraut wäre. Ich habe 15 Jahre in Bonn gelebt und 1880 den preußischen Staatsbeamteneid geleistet. Nachher war ich 30 Jahre lang Universitätsprofessor in Bayern und stand seit 1912 an der Spitze des bayerischen Ministeriums. In Anbetracht der Schwierigkeiten hat der König auf meinen Vorschlag den Geheimrat Dr. Friedberg als neuen Vizepräsidenten des Staatsministeriums ernannt, der mehr, als es bisher der Fall war, den Ministerpräsidenten zu vertreten haben wird. Ich werde mit allen meinen Kräften dahin bestrebt sein, mir das Vertrauen zu verdienen, auf das ich bisher einen Anspruch bei Ihnen nicht habe. (Beifall.)

Ich sah mich sogleich vor die schwierige Aufgabe gestellt, ein wiederholt und feierlich gegebenes Königswort einzulösen. Ich werde dieses Wort, soweit es in meinen Kräften liegt, einzulösen bemüht sein. (Beifall). **Ich tue das aus voller Überzeugung.** (Stürmischer Beifall.)

Als ich vor einigen Tagen sagte, daß der Krieg zu neuen Aufgaben hinführt und zu neuen Gestaltungen drängt, befand ich mich in voller Übereinstimmung mit der Thronrede, durch welche am 13. Januar 1916 der Landtag eröffnet worden ist und worin es heißt, daß der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens auch im Frieden seinen Ausdruck finden wird in unserer Verwaltung und Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlage für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften. Die Vorlage bezeichnet einen

entscheidenden Wendepunkt in der inneren Entwicklung Preußens

und ich bin mir auch vollkommen klar, daß dieser bevorstehende Wendepunkt in vielen Kreisen schmerzliche Gefühle und schwere Bedenken entfachen wird. Eine wahrhaft staatserhaltende Politik, zu der ich mich durchaus bekenne, hat sich nicht auf die Erhaltung des Bestehenden zu beschränken, sondern auch mutig und entschlossen die Hand an Neuerungen zu legen, wenn das Bedürfnis des Volkes, die Entwicklung und die politische Lage es erfordern. Ich würdige es vollkommen, wenn es sich bei den Anhängern des Bestehenden um eine

Gewissensfrage

handelt. Dieser Gewissenskampf muß ehrlich durchgekämpft werden. Ein Wahlsystem, über welches Fürst Bismarck schon vor 50 Jahren sein bekanntes Verdikt ausgesprochen hat, läßt sich nicht mehr halten. (Lebhafte Zustimmung links) angesichts der durchgreifenden Veränderungen in der Zusammensetzung des Volkskörpers. Ich achte die Bedenken und Gefühle, aber Sie leisten dem Vaterlande den größten Dienst, wenn Sie, selbstverständlich nach eingehender Prüfung, der Vorlage zustimmen. (Beifall). Die

historische Stellung des Herrenhauses

soll nicht verringert, sondern im Volke fest verankert werden. Preußen ist nicht mehr der Agrarstaat von einst, zu dem Grundbesitz sind Industrie und Handel als bestimmende Faktoren getreten. Es erscheint notwendig, das Herrenhaus berufsständisch zusammenzusetzen und die Selbstverwaltung unter tunlichster Schonung des Bestehenden heranzuziehen. Die weitere Begründung überlasse ich meinen Kollegen.

Bringen Sie dem Vaterlande dieses Opfer, wenn es ein Opfer ist, stimmen Sie der Vorlage zu

im Interesse der gedeihlichen friedlichen Entwicklung des Staates, möglicherweise sogar zur Verhütung schwerer Erschütterungen. (Lebh. Beifall links u. i. Zentr.)

D. Drews für gleiches Wahlrecht.

Der Minister des Innern begründete die Vorlage im einzelnen. Im ersten Teile seiner Rede, der sich mehr an die allgemeine Bedeutung der Vorlage hielt, hielt er in wirkungsvoller Weise das Haus in Atem, während später, als er in breiter Weise auf Einzelheiten einging, das Interesse sich nicht auf der anfänglichen Höhe hielt. D. Drews bedauerte das Scheitern der letzten Vorlage im Jahre 1910 und erklärte, daß jetzt nach den Erfahrungen und den gleichmäßigen Opfern des Volkes im Kriege nur das gleiche Wahlrecht in Frage kommen könne, zumal für jedes Pluralwahlrecht ein befriedigender Schlüssel fehle. Der zweifellos eintretenden Radikalisierung des Abgeordnetenhauses werde die Zusammensetzung des Herrenhauses ein Gegengewicht geben. Die Frage des Wahlrechts sei eine mehr ethische als logische. Bei einer so großen staatsrechtlichen Reform dürfe die ethische Grundlage nicht fehlen. Der Minister versicherte,

die Regierung werde mit allen verfassungsmäßigen Mitteln für die Durchsetzung der Vorlage eintreten.

Die Regierung bestehe natürlich nicht auf der Annahme aller einzelnen Bestimmungen, unverbrüchlich halte sie aber an dem Grundsatz des gleichen Wahlrechts fest, als dem Kernpunkt der ganzen Reform. Die Krone habe durch die Vorlage ihr Vertrauen zum Volke bekundet, möge das Haus durch die Annahme der Vorlage dieses Vertrauen der Krone auch bekräftigen. Der Minister erhielt auf der Linken vielfach Beifall, auf der Rechten erregte er weit mehr als Graf Hertling Widerspruch.

Finanzminister **Hergt** nahm nun das Wort, um die Veränderungen im Etatsrecht des Herrenhauses, wie sie die Vorlage vorsieht, ausführlich zu begründen. Im Hause herrschte bei diesen finanztechnischen staatsrechtlichen Darlegungen große Unruhe, alles wartete ungeduldig auf die große Rede des Führers der Konservativen.

Die Stellung der Konservativen.

Herr **v. Heydebrand und der Lase** bestieg dann die Tribüne. Alles Volk schob sich nach vorn und füllte den freien Raum um die Rednertribüne. Aber der Präsident verlangte, daß alle Abgeordneten sich auf ihre Plätze begaben, was denn auch unter einigem Murren geschah. Herr v. Heydebrand begann mit einem scharfen Vorstoß gegen D. Drews. Er meinte, er habe nur allgemeine Redensarten gemacht, mit denen man ebenso gut wie das gleiche Wahlrecht auch die Errichtung der Republik begründen könnte. Er machte dem Minister auch den Vorwurf, daß er durch das unbedingte Festhalten am gleichen Wahlrecht

alle Verständigungsmöglichkeiten ausgeschlossen

habe. Einstimmig seien seine Freunde der Meinung, daß das gleiche Wahlrecht keine geeignete Grundlage für eine Verständigung sei. Der Redner betonte, daß die Konservativen mitarbeiten wollen, daß sie zwar lieber einen Preußen als Ministerpräsidenten gesehen hätten, dem Grafen Hertling aber keine grundsätzliche Opposition machen wollten, sondern abwarten wollen. Aber die Begleiterscheinungen, unter denen Graf Hertling sein Amt angetreten habe, könnten sie nicht unerwähnt lassen. Graf Hertling habe sich auf ein Mehrheitsprogramm verpflichtet, er sei nicht mehr allein der Vertrauensmann der Krone, die Befugnisse des Trägers der Krone haben dadurch Einbußen erlitten, die verfassungsmäßigen Grenzen seien nicht gewahrt geblieben. Die ganzen Vorgänge bedeuten

den direkten Weg zum parlamentarischen Regierungssystem,

das nicht zum Glück Preußens führe. Wäre 1866 das parlamentarische System eingeführt gewesen, Preußen würde nicht mehr existieren. Ich will mir die Stimmen zu eigen machen, die sagen: Bei dieser Entwickelung fühlt man sich als Preuße im Deutschen Reiche beinahe verraten und verkauft. (Sehr richtig! rechts, Unruhe links.) Wir wollen für Preußen keine Vorrechte vor den anderen deutschen Stämmen, aber wir wollen nicht schlechter behandelt werden. Auch Befürchtungen über die Sicherung der Ostmark bei den Friedensverhandlungen müßten entstehen. Der Redner betonte, die Konservativen würden an ihren bisherigen Grundsätzen festhalten.

Reichskanzler **Graf Hertling** nahm jetzt nochmals das Wort zur Erwiderung auf die Rede Heydebrands. Er bestritt, daß er sich auf ein Programm festgelegt und Konzessionen gemacht habe, die mit seiner Überzeugung nicht vereinbar seien, **er bestritt, daß die Rechte der Krone irgendwie beschränkt worden seien,** er sei überzeugter Monarchist sein Leben lang gewesen und werde als solcher sterben. Die vom Vorredner geäußerten Befürchtungen über ungenügende Sicherung der Ostmark trat er entgegen mit den Worten: Er werde keinen Frieden machen, der die Entwicklung Preußens gefährden könne in irgendeiner Beziehung.

Der Abg. Dr. **Pachnicke** (Vp.) mußte, da sich das Haus

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF